

Die Entzweigung der Siamesischen Zwillinge: Politische Entfremdung und Mitgliederschwund deutscher Gewerkschaften

Bernhard Ebbinghaus

1. Politische Soziologie der Siamesischen Zwillinge

Gewerkschaften gelten als wichtige intermediäre Institution der Interessenvermittlung in demokratischen Sozialstaaten, sie verhandeln Tarifverträge mit Arbeitgebern und repräsentieren die Interessen von Arbeitnehmern im politischen System. Der Arbeit-Kapital-Konflikt gilt als ein wesentliches Merkmal kapitalistischer Gesellschaften und als eine Strukturline parlamentarischer Demokratien (Lipset/Rokkan 1967): Während diesem von Marx revolutionäre Umwälzungen zugesprochen wurden, gilt die „Institutionalisierung des Klassenkonfliktes“ (Dahrendorf 1958) in demokratischen Sozialstaaten als deren zentrale Errungenschaft. Als Teil der Arbeiterbewegung waren Gewerkschaftsbünde historisch als „Siamesische Zwillinge“ (Victor Adler) zusammen mit den ihnen verbundenen Arbeiterparteien im Europa des späten 19. Jahrhunderts entstanden (Przeworski/Sprague 1986). Gemeinsam kämpften sie für politische und soziale Rechte von Arbeitnehmern (Ebbinghaus 1995): Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ermöglichte den politischen Aufstieg der Sozialdemokratie und die Erreichung sozialer Rechte, die Durchsetzung des Streik- und Tarifrechts half den Gewerkschaften, die Interessen von Arbeitnehmern gegenüber Arbeitgebern und Staat zu vertreten. Mit der Regierungsbeteiligung von linken Parteien und gewerkschaftlicher Mitbestimmung auf Betriebsratsebene und in Großunternehmen gewann die Arbeiterbewegung an Macht, was ihre Integration in den demokratischen Sozialstaat förderte.

In der langen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hat sich diese von der „Protestpartei“ im deutschen Reich, den Wirren der Weimarer Republik und ihrer Unterdrückung durch das Nazi-Regime nach längerer Wartezeit erstmals unter Brandt zu einer bundesrepublikanischen Regierungspartei etabliert (Lehnert 1983). Der Deutsche Gewerkschaftsbund war trotz seiner Gründung als Einheitsgewerkschaft 1949 weiterhin SPD-nah (Schönhoven 2003). Diese „Siamesische“ Verbindung galt unangefochten

bis unter der Regierung Schmidt, ehe Massenarbeitslosigkeit seit den Ölkrisen der 1970er Jahre und die hierauf folgenden ersten Sparmaßnahmen dieses Verhältnis zunehmend belasteten. Das Entstehen von neuen sozialen Bewegungen – von der Friedensbewegung (Schmitt 1990) bis zu Umweltaktivisten – führte 1980 zur Entstehung einer alternativen Partei, „Die Grünen“, die nach der Wende und verlorener gesamtdeutscher Bundestagswahl mit dem ostdeutschen „Bündnis 90“ 1993 zusammenging (Poguntke/Schmitt-Beck 1994). Die deutsche Einheit brachte weitere Herausforderungen für die deutschen Gewerkschaften: eine nach den Grünen folgende weitere politische Aufspaltung des linken, gewerkschaftsnahen Lagers durch die ostdeutsche PDS und spätere „Die Linke“. Die Entfremdung der Siamesischen Zwillinge war auch andernorts in Europa durch Pluralisierung der Parteienlandschaft sowie die Zwänge von Regierungsverantwortung linker Parteien und ihre Modernisierung zu beobachten (Merkel 1993). Andererseits haben die Mitgliederprobleme der Gewerkschaften angesichts zunehmender Individualisierung, Flexibilisierung und Dezentralisierung der Arbeitswelt auch zu Spannungen zwischen den Gewerkschaften und ihren politischen Allianzpartnern beigetragen. Die Siamesischen Zwillinge scheinen zunehmend durch zentripetale Kräfte auseinandergezogen zu werden, ohne dass es gänzlich zum Bruch zwischen Gewerkschaften und linken Parteien kommt.

In der politischen Soziologie wird neben den politischen Parteien auch die Rolle von „non-party actors“ (Farrell/Schmitt-Beck 2008), insbesondere Interessengruppen wie Gewerkschaften (Streeck/Hassel 2003), untersucht, wobei diese „alten“ sozialen Bewegungen auch im Wettbewerb mit „neuen“ sozialen Bewegungen gesehen werden sollten. Die parallele Mobilisierung von Gewerkschaften und linken Parteien wurde prominent durch den Machtressourcen-Ansatz untersucht (Ebbinghaus 2023; Korpi 1983). Dieser Ansatz gilt jedoch heute oft als weniger relevant, da allgemein ein Niedergang von Sozialdemokratie und Gewerkschaften postuliert wird, auch wenn gerade diese Veränderungen im Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung auch nach über einem Jahrhundert noch von Interesse sind (Merkel 1993). Für die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wurde diese Frage auch nach der deutschen Einheit und dem andauernden Sozialstaatsumbau (insbesondere seit den Hartz-Reformen) neu gestellt. Zunächst stand der Verlust an Wählerstimmen für die Sozialdemokratie durch Konkurrenz von Links und den Grünen im Vordergrund, während derer auch die zunehmende soziale und politische Heterogenität der Gewerkschaftsbewegung zu Tage trat (z.B.

seit dem ersten Grünen Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske 2001 oder den lokalen Aktivitäten von Gewerkschaftskreisen mit Die Linke im Osten). Aber auch das Aufkommen von Rechtspopulismus wie bereits in vielen Nachbarländern wurde mit Sorge betrachtet. Jüngst hat Rüdiger Schmitt-Beck (2020) für die Bundestagswahl 2017 untersucht, ob Gewerkschaftsmitgliedschaft eher hinderlich (oder gar fördernd) für die zunehmende Unterstützung der AfD war, so gerade unter (eher männlichen) Arbeitern bzw. prekarierten Gruppen.

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob die Bindung zwischen Gewerkschaft und linken Parteien unter Gewerkschaftsmitgliedern seit der deutschen Einheit nachgelassen hat. Es wird auf Mitgliedschaftsdaten der Gewerkschaften sowie die Allbus-Bevölkerungsumfragen (Allbus 1991 bis 2021) für detailliertere Analysen zu Gewerkschaftsmitgliedschaft, politischer Bindung (Wahlabsicht) und Einstellungsmustern zurückgegriffen. Zunächst wird die soziale Bindungskraft der Gewerkschaften beleuchtet und die langfristigen sozialstrukturellen Mitgliederprobleme erörtert. Danach werden die Herausforderungen für die Gewerkschaften seit der Einheit Deutschlands beschrieben, ihre Organisationsaktivitäten auch im Osten auszuweiten und dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken. Die Gewerkschaften haben sich durch die Einigung und den Mitgliederschwund verändert, so dass sie eine schrumpfende, aber heterogenere Mitgliedschaft repräsentieren. Auch die politische Orientierung und Bindung an linke Parteien haben sich seit 1991 verändert, wobei die stärkere Links-Orientierung der Mitglieder im Osten erodierte und eine Pluralisierung der Wählerbindung insgesamt stattfand. Schließlich sind auch die Werte und Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern in den letzten drei Jahrzehnten im Wandel: Waren sie in den 1990er Jahren noch ideologisch distinkt, so verloren diese auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern an Profil. Wenn es auch noch sozialstrukturelle Merkmale der Gewerkschaftsmitgliedschaft gibt, so sind die parteipolitischen Bindungen und gesellschaftspolitischen Orientierungen in der Zwischenzeit kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Diese sozialstrukturellen, politischen und wertebezogenen Veränderungen der Gewerkschaftsmitgliedschaft wird anhand von Allbus-Umfragedaten für die Zeit seit der deutschen Einheit empirisch nachgezeichnet. Es zeigt sich dabei, dass die Siamesischen Zwillinge sich zunehmend auseinanderentwickelt haben, nicht allein durch die politische Fragmentierung im linken Spektrum, sondern auch als Folge einer politischen Entfremdung in den Einstellungsmustern unter Gewerkschaftsmitgliedern.

2. Die langfristige Entwicklung vor und nach der deutschen Einheit

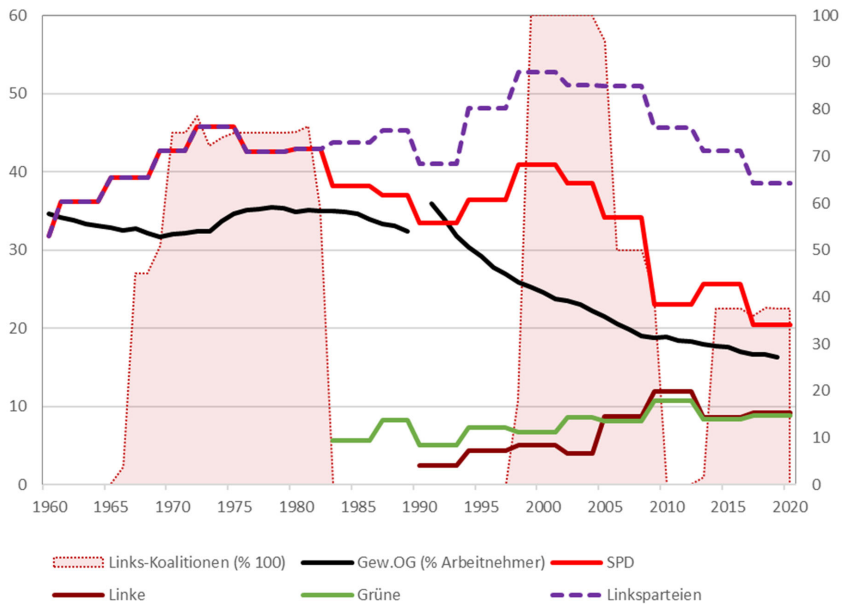
Ein Blick auf die langfristige Entwicklung der Mitgliederstärke deutscher Gewerkschaften zeigt ihre zunächst fest institutionalisierte Machtposition in Westdeutschland vor dem Mauerfall 1989, als jeder dritte Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert war (siehe Abbildung 1). Tatsächlich lag der Organisationsgrad, d. h. der Anteil von Mitgliedern an allen Arbeitnehmern, in Westdeutschland für Kontinentaleuropa hoch, wenn auch Belgien (neben dem Norden) diese übertrafen (Ebbinghaus/Visser 1999). Aus der Schwächung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik und aus den Erfahrungen der Unterdrückung durch die Nationalsozialisten zogen deutsche Gewerkschaftsführer nach 1945 organisationspolitische und gesellschaftliche Lehren (Schönhoven 2003): Das Prinzip der Einheits- und Industriegewerkschaft (unter dem Motto „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“) sollte stärkere, dauerhaftere und einflussreichere Mitgliederorganisationen schaffen. Mit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 entstand der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aus seinen Vorläufern in der britischen, amerikanischen und französischen Zone, so dass dieser in den 1950er und 1960er Jahren zum bestimmenden gewerkschaftlichen Dachverband mit über sechs Millionen Mitgliedern in Westdeutschland wurde (Ebbinghaus/Göbel 2014). Die IG Metall und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wuchsen besonders schnell und nahmen eine leitende Rolle in der Tarifpolitik ein. Neben dem DGB wurden drei konkurrierende (Dach-)Verbände gegründet: die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG, 1949), die an die getrennte Organisation von Angestellten während der Weimarer Republik anknüpfte und zunächst einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte; der Deutsche Beamtenbund (dbb), der als Standesorganisation der Beamten seine Mitgliederzahlen in der ersten Dekade gar verdreifachen konnte; als Schlusslicht der viel kleinere Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), der nach der Reintegration des Saarlands (1957) entstand.

Eine Dämpfung gewerkschaftlicher Mobilisierungserfolge setzte nach dem arbeitnehmerfreundlichen Montanmitbestimmungsgesetz (1951) bereits mit dem eingeschränkten Betriebsverfassungsgesetz (1952), dem Wahlerfolg der Adenauer-Regierung (1953) und der zunehmenden Entradikalisierung (Verbot von politischen Streiks) ein. Hingegen fanden der Mitgliederaufschwung und die Organisationsgradzuwächse zeitgleich mit der sozialen Mobilisierung durch die „wilden“ Streiks und den Anfangsjahren der sozialliberalen Koalition von 1969 bis Mitte der 1970er Jahre statt. In dieser

Zeit verbesserten sich auch die gesamtwirtschaftlichen und betrieblichen Einflussmöglichkeiten für die Gewerkschaften, vor allem durch die konzentrierte Aktion (1967–1977), die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 und das Mitbestimmungsgesetz von 1976 (Streeck 1981). Der Wechsel zu einer konservativen Regierung im Jahr 1982 brachte wiederum eine Wende im politischen und arbeitsrechtlichen Umfeld der Gewerkschaften mit sich, wenn auch die Abwendung vom Keynesianismus bereits durch die sozial-liberale Koalition eingeleitet worden war. Vor dem Hintergrund der national und EU-politisch betriebenen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verschlechterten sich die Organisationsbedingungen. Der Fall der Mauer leitete mit der deutschen Einheit eine historische Zäsur der Organisationsmacht der Gewerkschaften im vereinigten Deutschland ein. Der zunächst schnelle, dann langfristige Rückgang des Organisationsgrades von unmittelbar 36 Prozent nach der Wende auf um 15 Prozent heute ist offensichtlich (siehe Abbildung 1). Dies bedarf genauerer Analysen.

Auch auf politischer Seite hat sich der Siamesische Zwilling verändert. Selbst wenn der DGB als Einheitsgewerkschaft keine formelle Bindung an die SPD hat, so war doch in Westdeutschland ein großer Teil der Funktionäre auf beiden Seiten gleichzeitig Mitglied in Partei und Gewerkschaft. In der westdeutschen Demokratie waren Gewerkschaftsmitglieder ein gewichtiges Wählerklientel für die SPD, auch wenn die traditionellen sozialstrukturellen Parteibindungen nach den Höhen der frühen 1970er Jahren zurückgingen, zunächst auch durch die Konkurrenz mit den Grünen. Bei den letzten Wahlen vor der Wende ging der Stimmenanteil der SPD leicht zurück, während die Grünen mit dem Einzug in den Bundestag 1983 weiter hinzugewannen. Zeitreihenanalysen von Organisationsgradentwicklungen in Westdeutschland kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen in Bezug auf einen möglichen positiven Beitrag linker Regierungsbeteiligung nebst den wirtschaftlichen Zyklen (Armingeon 1988). Historisch reichte die Gewerkschaftsbewegung zwar auch in das katholische Lager, die Versuche einer Organisationsspaltung durch Christliche Gewerkschaften hat aber auch die gewerkschaftliche Bindung in Westdeutschland erschwert und wirkt noch in gewissen katholischen Regionen nach.

Abbildung 1: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Wahlergebnisse / Koalitionsanteil linker Parteien seit 1960



Quelle: Organisationsgrad (Prozent, linke Achse): ICTWSS 1960-2020; Wahlergebnisse (Prozent, linke Achse) und Sitzanteile in Koalitionen (in 100 Prozent Regierungsmehrheit, rechte Achse) von Parteien links der Mitte (SPD, seit 1983 Grüne, seit 1990 PDS/Die Linke).

Mit der deutschen Einheit veränderte sich die Parteienlandschaft einerseits durch die Erfolge der Union im Osten, die zu Lasten der SPD gingen, andererseits fand eine Zersplitterung des linken Lagers statt. Die SPD hatte bei der ersten gesamtdeutschen Wahl Stimmenanteile gegenüber vorangegangenen westdeutschen Bundestagswahlen verloren, die sie in den späten 1990er Jahren dann aufholen konnte. Nach der rot-grünen Koalition und den umstrittenen Hartz-Reformen (2003-2005) begann jedoch der massive Rückgang des Stimmenanteils der SPD auf 23 Prozent 2009 und den noch niedrigeren Stand von 20,5 Prozent 2017. Die Nachfolgepartei der SED band als PDS zunächst eine gewisse Wählerschaft im Osten und verbündete sich mit der anti-Hartz Parteigründung „Die Wahlalternative - Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) kurz nach deren NRW-Wahlkampf, hieraus entstand auch mit Unterstützung des ehemaligen SPD-Ministers Oskar La-

fontaine im Juni 2007 „Die Linke“. In Folge dieser Gegenbewegung zu den Hartz-Reformen erfuhr die SPD massige Verluste bundesweit um nahezu zwölf Prozent Erststimmenanteile. Die Grünen hatten nach der Wende zunächst durch geringen Zuspruch im Osten an Gesamtstimmenanteilen verloren, konnten sich aber seit der rot-grünen Koalition bundesweit verbessern (10,7 Prozent 2009). Mit dem Absturz der SPD auf 23 Prozent 2009 zeigte sich insgesamt eine erhebliche Pluralisierung des linken Lagers. Seit dem kam es jedoch zu einem Rückgang des Stimmenanteils dieses Lagers aller dreier Parteien links der Mitte bei Wahlen (siehe Abbildung 1, gestrichelte Linie). Inwieweit dieser mit dem parallelen Mitgliederschwund der Gewerkschaften einhergeht, soll im weiteren Verlauf analysiert werden.

3. Die sozialstrukturellen Mitgliederprobleme und Repräsentativität von Gewerkschaften

Ein langfristiger Rückgang kollektiver Mobilisierung in modernen Gesellschaften wurde bereits in den 1960er Jahren von namhaften amerikanischen politischen Soziologen (Bell 1976; Lipset 1960) auf den sozialstrukturellen Wandel zurückgeführt. Gewerkschaften sind unterschiedlich stark in verschiedenen „sozialkulturellen Milieus“ (Lepsius 1963) verankert, wobei der sozialstrukturelle Wandel die Gewichte langfristig zu Ungunsten der Gewerkschaftsbewegung verschiebt. Je mehr sich eine Gesellschaft von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft wandelt, desto mehr nehmen die Gruppen zu, die weniger kollektiv orientiert sind und seltener Mitglied einer Gewerkschaft werden wollen, zumal auch Nicht-Mitglieder von der Tarifpolitik profitieren. Das klassische Trittbrettfahrerproblem von Mancur Olson (1965) wird wegen des Abnehmens sozialer Normen eines verschwindenden gewerkschaftsfreundlichen Milieus somit zum Organisationsproblem. Selbst in den traditionellen Arbeiterschichten findet eine partielle Auflösung der sozialen Bindungen und ein postmaterialistischer Wertewandel statt. In Westdeutschland verändert sich mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen und der Partei Die Grünen der politische und gesellschaftliche Kontext für die Gewerkschaftsbewegung, während die politische Wende im Osten nach 1989 zu weniger postmaterialistischen Orientierung führte (Schmitt-Beck/Weins 1997).

Mit dem sozialstrukturellen Wandel zeigen sich in Deutschland dauerhafte Unterschiede in der Organisationsbereitschaft verschiedener Arbeitnehmergruppen (Ebbinghaus/Göbel 2014). Arbeiter sind bis heute die

bestimmende Mitgliedergruppe in den DGB-Gewerkschaften: Waren sie in den 1950er Jahren über 80 Prozent der DGB-Mitglieder (meist männliche Alleinverdiener), so waren es noch 2000 über 60 Prozent (etwas mehr im Westen als im Osten), wobei der DGB seit 2007 keine Unterscheidung mehr zwischen Arbeitern und Angestellten macht, wohl aber Beamte separat ausweist. Der Arbeiteranteil innerhalb des DGB spiegelte noch bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts den Arbeitsmarkt der 1960er Jahre wider, da die zunehmende Zahl von Angestellten und Beamten entweder überhaupt nicht oder außerhalb des DGB organisiert ist. Der Organisationsgrad von Arbeitern war überdurchschnittlich: Von ihnen waren zwischen 50 Prozent Anfang der 1950er Jahre und noch bis 2000 um 30 Prozent gewerkschaftlich organisiert (Ebbinghaus/Göbel 2014). Die Vereinigung brachte mittelfristig kaum einen Zugewinn, weil die Gewerkschaftsbindung durch den Stellenabbau im Osten besonders schnell und im Westen etwas langsamer abnahm.

Die Organisation von Beamten war in Westdeutschland hoch, wobei sich diese zunehmend außerhalb der Einheitsgewerkschaftsbewegung DGB wiederfinden. Während in den 1950er Jahren fast jeder Beamte Mitglied einer DGB-Gewerkschaft war, sind heute drei Viertel aller organisierten Beamten in einer der vielen „Standesorganisationen“ des Deutschen Beamtenbund (dbb) Mitglied. Da Beamte kein Streikrecht besitzen und ihre Verbände keine Tarifverhandlungen führen, sondern nur zu Konsultationen mit den öffentlichen Arbeitgebern eingeladen werden, nimmt für sie die Lobbyarbeit eine besondere Rolle ein. Nicht nur Gehaltsfragen, sondern auch Arbeitsbedingungen, Stellenplanung und Ruhegehaltsregelungen werden durch den Gesetzgeber bestimmt. „Standespolitik“ wird dadurch erleichtert, dass ein hoher Anteil der Parlamentarier verbeamtet und der Dienstherr auch Beamter ist. Somit kann es zu einer Vermischung von Interessenlagen und Verantwortlichkeiten kommen. Wegen der geringeren Verbeamtung und Teilprivatisierung ist der Anteil der Beamten vor allem im Osten generell niedriger, in der Folge fiel auch im dbb der Anteil der Beamten von traditionell um 90 Prozent nach der Vereinigung auf nur 70 Prozent. Gegenwärtig liegt der Organisationsgrad unter Beamten bei circa 39 Prozent (Allbus 2021), dies ist immerhin mehr als zweimal so hoch wie für Angestellte (14 Prozent) bzw. alle Arbeitnehmer (17 Prozent) und fast doppelt so hoch wie unter den wenigen verbleibenden Arbeitern (22 Prozent). Die Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst sind insgesamt auch heute noch um 60 Prozent besser organisiert (24 Prozent) als im größeren privaten Wirtschaftsbereich (15 Prozent).

Angestellte sind, vor allem im privaten Sektor, weniger geneigt, sich gewerkschaftlich zu organisieren und die Angestelltenorganisation DAG ist nach langjährigem Mitgliederschwund 2001 in ver.di aufgegangen. Weniger als jeder fünfte Angestellte ist in einem Berufsverband, die Arbeiter sind hingegen doppelt und die Beamten dreimal so oft organisiert. Vor der Vereinigung betrug der Organisationsgrad im öffentlichen Dienst unter den „Kopfarbeitern“ (Angestellte und Beamte) über 60 Prozent, während weniger als 20 Prozent der Angestellten in der Privatwirtschaft organisiert waren (Visser 1989). Obwohl der DGB die meisten Angestellten organisiert, stellten diese wegen des niedrigen Organisationsgrades nur eine Minderheit innerhalb des Dachverbandes dar. Mit der Gründung von ver.di 2001 war die über ein Jahrhundert andauernde organisatorische Konkurrenz von Angestelltenverbänden innerhalb und außerhalb des DGBs faktisch überwunden, wenn man von den geringfügig organisierten Angestellten im CGB und den Angestelltenmitgliedern (insbesondere im Osten) des Beamtenbunds absieht. Den Gewerkschaften fällt der Zugang besonders in den kleinbetrieblichen privaten Dienstleistungsbranchen schwer, da diese eine geringe Durchdringung durch gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte und hohe Anteile von Frauenbeschäftigung, Teilzeit- und prekären Beschäftigungsverhältnissen aufweisen.

Gewerkschaften als Kollektivorganisation der Arbeitnehmerinteressen sollten idealerweise die Arbeitsbevölkerung widerspiegeln, tatsächlich repräsentieren sie noch eine in die Jahre gekommene Industriegesellschaft. Gewerkschaftsmitglieder profitieren in der Regel von unbefristeten Arbeitsverhältnissen, weniger als neun Prozent hatten befristete Verträge (Allbus 2016); dies ist ein geringerer Anteil als unter nicht-organisierten Erwerbstätigen. Auch der Organisationsgrad unter Teilzeitbeschäftigten liegt mit rund zwölf Prozent signifikant unter dem von Vollzeitbeschäftigten von 19 Prozent der letzten zwei Dekaden (Allbus 2000-2018). Der Zugang zum Betrieb über Mitbestimmungsregelungen ist ein wesentliches Mittel der Mobilisierung der Gewerkschaften, hängt also vom institutionellen und betrieblichen Zugang ab. Während in den 1990er Jahren noch jeder dritte Arbeitnehmer in einem mittel- bzw. größeren Betrieb (ab 30 Beschäftigten) organisiert war (Allbus 1994), sank dies in der letzten Dekade auf nur noch jeden Vierten (24 Prozent, Allbus 2016). Da weniger als zehn Prozent der Beschäftigten in kleinen Betrieben organisiert sind, diese Gruppe aber mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmer umfasst, führt dies zu weiterer Unterrepräsentation.

Die Massenarbeitslosigkeit seit den späten 1970er Jahren hat die Gewerkschaften in ihrer Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebern geschwächt und im Osten wegen des Stellenabbaus in den 1990er Jahren auch zum Rückgang der Organisationsstärke beigetragen. Auf der anderen Seite hilft Gewerkschaftsmitgliedschaft gegen individuelle Arbeitslosigkeit und Personalabbau: In den letzten Jahren waren 12,5 Prozent der aktiven Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, jedoch 19,4 Prozent unter nichtorganisierten Erwerbepersonen (Allbus 2021). Gewerkschaftsmitglieder sind folglich weniger von einem Arbeitslosigkeitsrisiko betroffen, oft weil sie in größeren Privatunternehmen mit größerem Betriebsratsschutz bzw. dem öffentlichen Dienst arbeiten. Auch sind Arbeitslose eher geneigt ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft aufzukündigen und nicht mehr einzutreten, wenn sie wieder in Beschäftigung sind. Dies bedeutet jedoch auch, dass Gewerkschaften eher „Insider“-Interessen vertreten als die der prekär Beschäftigten bzw. Arbeitssuchenden (Lindvall/Rueda 2014). Auch unter Erwerbepersonen mit Migrationshintergrund sind dies heute nur sieben Prozent unter den Gewerkschaftsmitgliedern statt neun Prozent unter allen Erwerbepersonen (Allbus 2021), also eine gewisse Unterrepräsentation.

4. Die zunehmenden Organisationsprobleme nach der Vereinigung

Nach dem Fall der Mauer 1989 kam mit der deutschen Einheit 1990 eine kurze Boomzeit der etablierten Gewerkschaften, die um neue Mitglieder in den neuen Bundesländern warben. Infolge der Teilübernahme der ostdeutschen FDGB-Gewerkschaften bzw. der Neuorganisation im Osten gewannen die Gewerkschaften mehr als vier Millionen Mitglieder hinzu, davon konnte der DGB einen Zuwachs um drei Millionen Mitglieder verbuchen. Unmittelbar nach der Vereinigung war nahezu jeder zweite Arbeitnehmer im Osten in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten, am Ende der 1990er Jahre war aber nur noch jeder Vierte im Osten DGB-Mitglied. Tatsächlich verließ jedes zweite Ostmitglied den DGB bereits innerhalb von nur sechs Jahren wieder. Während die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) im Osten kaum hinzugewann (circa 80.000 Neumitglieder 1990/91), wuchs der Deutsche Beamtenbund (dbb) in den 1990er Jahren um 400.000 Mitglieder, davon hauptsächlich im Osten. Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) erhielt keinen merklichen Zugang und wurde weiter in seiner Bedeutung marginalisiert. Nahezu alle Gewerkschaften standen vor Organisations- und Finanzproblemen infolge des rasanten Mitgliederschwundes und

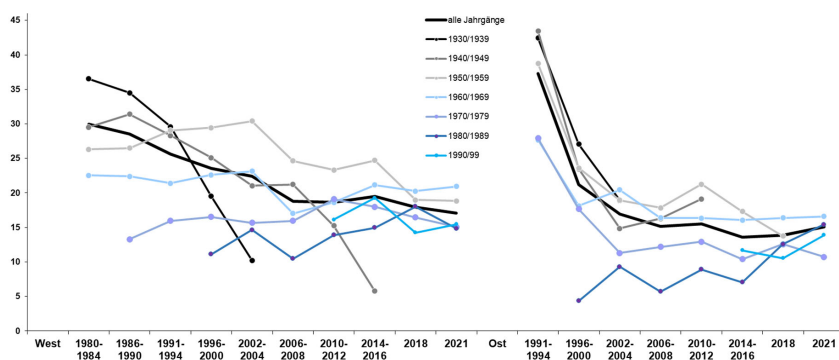
des dadurch zurückgehenden Beitragsaufkommens. Die Gewerkschaften reagierten darauf mit internen Organisationsreformen und grundlegenden Umstrukturierungen der Organisationslandschaft. Diese führten zum Zusammenschluss einzelner Industriegewerkschaften des Bergbaus und der Chemie zur IG BCE 1991, der Einvernahme von zwei Industriegewerkschaften durch die IG Metall in den 1990er Jahren sowie zum Zusammenschluss der Angestelltenverbände sowie der ÖTV zu ver.di 2001.

Das schnelle Absinken des Organisationsgrades im Osten hat vielschichtige Gründe (Ebbinghaus/Göbel 2014): den Stellenabbau durch Privatisierung, Deindustrialisierung und das Ende des Baubooms, die partielle Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt, die Frühverrentung von älteren Arbeitnehmern, die langsame Verbeamtung in den neuen Ländern, das Verschwinden der Großbetriebe und das Entstehen von traditionslosen klein- und mittelständischen Betriebsstrukturen. Diese Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur schwächten die anfänglichen Organisationsvorteile ab oder kehrten sie gar in Nachteile für die Mitgliederwerbung um. Hinzu kommen die im Gegensatz zum Westen unterentwickelten Tarifstrukturen. Doch nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Arbeitgeberverbände sehen sich im Osten einem Mitgliederschwund gegenüber (so in der Metallindustrie). Die Privatisierung ehemaliger „volkseigener“ Großbetriebe und der Stellenabbau verursachten Organisationsprobleme der Arbeitgeberverbände. Hierdurch entstanden viele kleinere, nichttarifgebundene Betriebe, die für die Gewerkschaften schwer zugänglich sind, selbst wenn es einen Betriebsrat geben sollte.

Nach der Wende war zunächst jeder dritte Arbeitnehmer (bzw. vierte Erwachsene) Mitglied einer Gewerkschaft, aber bereits in der ersten Dekade nach der deutschen Einheit sank der Organisationsgrad im Osten unterhalb jenen des Westens. Während noch kurz nach der Wende mehr als jeder vierte Wohnbürger und jede dritte Erwerbsperson Gewerkschaftsmitglied im Osten war, kam es zu einer massiven Austrittswelle der Enttäuschten, die wegen langsamer Angleichung der Lohnentwicklung und zunehmendem Arbeitslosigkeitsrisiko den Gewerkschaften den Rücken kehrten. Innerhalb einer Dekade lag der Organisationsgrad im Osten unterhalb dessen von Westdeutschland. Die Tendenz der Gewerkschaften, ihre Sozial- und Tarifpolitik auf die westdeutsche Mehrheit auszurichten, vergrößert sicherlich die politische Distanz potenzieller und tatsächlicher Gewerkschaftsmitglieder im Osten. Die Mitgliederzahlen und der Organisationsgrad des DGBs nahmen insgesamt in den letzten zwei Jahrzehnten weiter ab (Ebbinghaus/Göbel 2014). Dies geschah auch während der rot-

grünen Regierung (bis 2005), der SPD-Beteiligung in der Großen Koalition (2005-2009) sowie der zwei weiteren Großen Koalitionen (2013-2017, 2017-2021), während eine bürgerliche Koalition (2009-2013) mit weiterer Liberalisierungspolitik keine Mobilisierungswelle brachte. Auch die sinkende Arbeitslosigkeit seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre, die Proteste gegen die Hartz-IV-Reformen seit 2004 und die Finanzmarktkrise ab September 2008 führten zu keinem dauerhaften Umschwung. Zudem führte die fehlende Nähe zur SPD unter Arbeitnehmern im Osten zu einer geringeren Bindung an die Gewerkschaften bzw. zu einer anderen politischen Zusammensetzung der Mitglieder im Osten.

Abbildung 2: Gewerkschaftliche Organisationsgrade nach Geburtskohorten und Umfragewellen (Allbus 1980-2021)



Quelle: eigene Berechnungen des Allbus 1980-2021, Geburtskohorten ab 1930/1939, jeweils Durchschnitt mehrerer Wellen (bis auf 2021).

Wie stark die Organisationsneigung der jüngeren Geburtsjahrgänge in West und Ost abgenommen hat, verdeutlicht eine Kohortenanalyse der Allbus-Umfragen (siehe Abbildung 2). Sie zeigt, dass das Organisationsniveau von Jahrgang zu Jahrgang niedriger ist und die Organisationsneigung auch innerhalb der einzelnen Geburtsjahrgänge (Kohorten) in den vergangenen drei Jahrzehnten tendenziell sank. Besonders dramatisch war der Rückgang in Ostdeutschland bei allen Geburtsjahrgängen, die bereits zur Zeit der Wende im Arbeitsleben standen. Zwar ist der Organisationsgrad der jüngsten ostdeutschen Kohorte in den vergangenen Jahren mit dem vermehrten Eintritt in das Arbeitsleben leicht gestiegen; er verbleibt jedoch auf einem niedrigen Niveau von rund zehn Prozent im Osten (etwa höher im Westen) für die seit 1980 bzw. seit 1990 geborenen Kohorten in ihrem

frühen Arbeitsleben. Zumindest sind die jüngsten Kohorten auf dem niedrigen Niveau eingependelt, trotzdem wird bei ausbleibender Mobilisierung in späteren Arbeitslebensphasen der Gesamtorganisationsgrad auch in Zukunft weiter sinken – auch weil ein leichtes Absinken der Mitgliedschaft bei den älteren Jahrgängen ab dem mittleren Alter (ab 50) beobachtbar ist, die Gewerkschaftsmitgliedschaft mit dem Ruhestand nun eher endet.

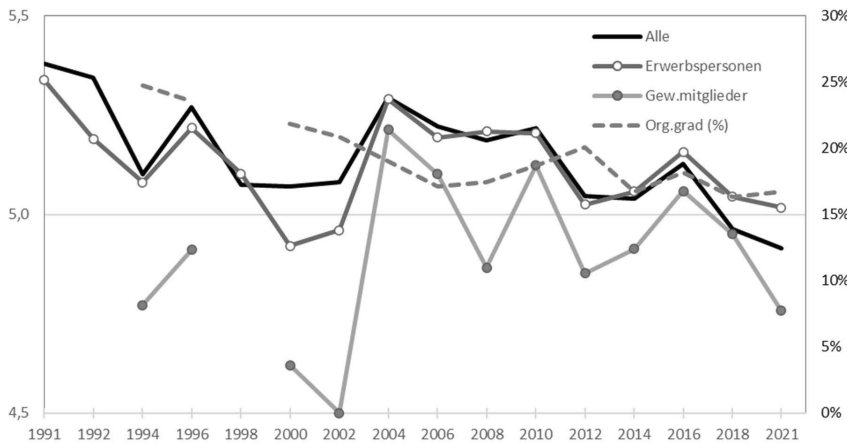
Die Ursachen sind vielschichtig: Jugendliche haben Schwierigkeiten, eine Ausbildungsstelle oder einen Normalarbeitsplatz zu finden; Teilzeit- bzw. befristete Arbeitsverträge nehmen zu; es gibt einen Wandel hin zu wenig organisierten Dienstleistungstätigkeiten, der gerade jüngere Altersgruppen betrifft; Entwicklungen wie individualistische Werthaltungen und Politikverdrossenheit sowie das Verschwinden von sozialkulturellen Milieus zeigen sich besonders im Osten bei den spezifischen Arbeitsmarktproblemen von Jüngeren. Ob die Attraktivität einer kollektiven Solidargemeinschaft durch neue Informations- und Kommunikationsangebote sowie „Mitmachaktionen“ (z. B. Weblogs, Videoclips und soziale Netzwerke) unter jungen Menschen erhöht werden kann, kann bisher nicht abschließend beurteilt werden. Vermehrte Jugendarbeit und die Werbung junger Arbeitnehmergruppen ist unerlässlich, jedoch wird dies umso schwerer, je mehr die Gewerkschaften in ihrer Mitgliederstruktur und im Funktionsapparat überaltern. Nichtsdestotrotz bemühen sie sich in den vergangenen Jahren verstärkt, junge Menschen in Betrieben und Hochschulen über Kampagnen, wie etwa für ein Grundrecht auf Ausbildung oder faire Bedingungen im Praktikum, zum Engagement in Gewerkschaften zu bewegen.

5. Die politischen Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern

Um die Bindung zwischen den Siamesischen Zwillingen, den Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen linken Parteien zu analysieren, sollen im Folgenden die politischen Einstellungen (die Links-Rechts-Orientierung und Wahlabsichten) von Gewerkschaftsmitgliedern im Gegensatz zu nicht-organisierten Erwerbsspersonen bzw. der Gesamtbevölkerung mit Hilfe von Allbus-Umfragen (von 1991 bis 2021) untersucht werden. Auch die politischen Einstellungen unterliegen dem sozialen Wandel, dies gilt auch für Gewerkschaftsmitglieder und Wähler linker, gewerkschaftsnaher Parteien. Zunächst hat der Zuwachs von neuen Gewerkschaftsmitgliedern nach der deutschen Einheit zu Veränderungen im politischen Profil der Gewerkschaften und damit auch dem Verhältnis der Siamesischen Zwillinge ge-

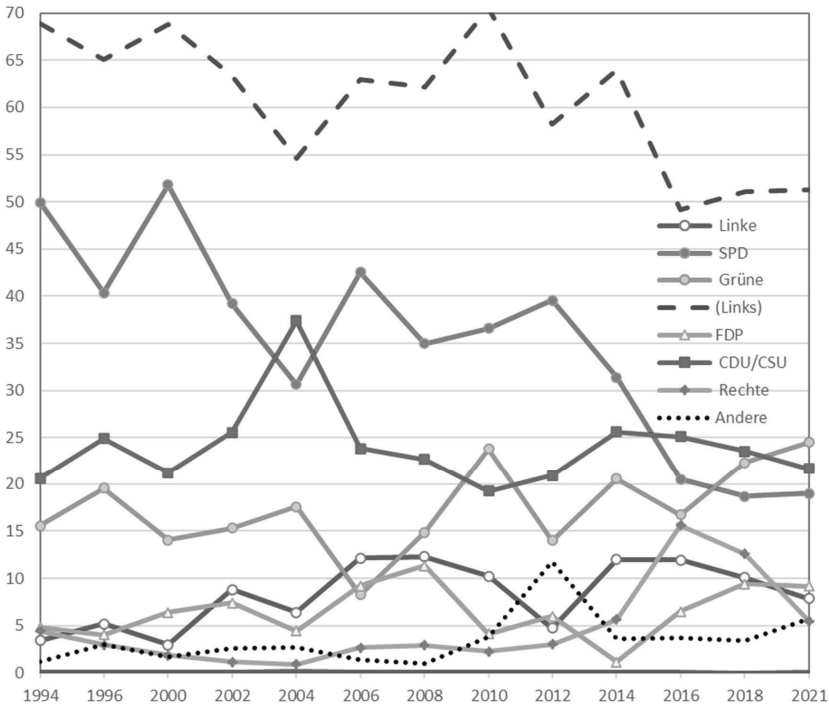
führt. Ein Fünftel der Bevölkerung wohnte nun in den neuen Bundesländern und war in einer Planwirtschaft und „Volksdemokratie“ unter der Sozialistischen Einheitspartei aufgewachsen. Nach der Wende zeigten diese in frühen Umfragen (Allbus, 1991/1992) im Osten etwas linkere Selbstverortungen auf der zehnstufigen Links-Rechts-Skala (4,8) als im Westen (5,5). Unter Gewerkschaftsmitgliedern lagen die Werte noch weiter links; dies blieb so trotz Mitgliederschwund im Osten (jedoch mit einigen temporären Schwankungen). Die Jahrzehnte des Mitgliedschaftsrückgangs, insbesondere in Ostdeutschland, bedeuteten jedoch auch, dass die Gewerkschaften weniger Wählerpotenzial reklamieren konnten. Zudem hat die Bindung zu gewerkschaftsnahen Parteien – wie auch unter allen Wählern – abgenommen. Das Gesamtbild für Deutschland (siehe Abbildung 3) zeigt eine zunehmende Konvergenz der Links-Rechts-Orientierung zur Mitte, während sich die Werte der Gewerkschaftsmitglieder nach dem Mitgliederverlust im Osten von weiter linksstehender Orientierung an die nicht-organisierten Erwerbstätigen und Gesamtbevölkerung angleich, mit einer geringfügigen Tendenz leicht linkerer Werte.

Abbildung 3: Links-Rechts-Orientierung der Bevölkerung sowie von Erwerbspersonen ohne und mit Gewerkschaftsmitgliedschaft



Quelle: eigene Berechnungen des Allbus (gewichtet) 1991-2018 & 2021; Links (1-10)Rechts-Skala für alle Befragte, Erwerbspersonen ohne bzw. mit Mitgliedschaft (keine Daten: 1991, 1992, 1998); Organisationsgrad (Mitglieder in Prozent der Erwerbspersonen, rechte Achse).

Abbildung 4: Wahlabsichten von Gewerkschaftsmitgliedern



Quelle: eigene Berechnungen des Allbus (gewichtet) 1991-2018 & 2021; Gewerkschaftsmitglieder (fehlende Daten für 1991, 1992, 1998); Wahlabsicht für Partei (Prozent); (Links): SPD + Grüne + Linke; Rechte: AfD u.a. rechte Parteien.

Neben der Links-Rechts-Verortung ist insbesondere die Wählerbindung von Bedeutung für das traditionelle Verhältnis zwischen Gewerkschaften und ihrem politischen Arm. Seit der deutschen Einheit sind die Siamesischen Zwillinge auf der politischen Seite zunehmend fragmentiert: Zur SPD gesellen sich Die Linke und die Grünen als Konkurrenten im linken Lager. Im ersten Jahrzehnt der Einheit hatte der Zuwachs an ostdeutschen Mitgliedern zunächst die Unterstützung von Parteien links der Mitte verstärkt: Zwei von drei Gewerkschaftsmitgliedern bevorzugten bei der Sonntagsfrage (Allbus 1994-2021, siehe Abbildung 4) diese Parteien, dies war nun nicht nur die SPD, sondern zunehmend auch Die Linke im Osten und die Grünen unter jüngeren Kohorten. Bis zur ersten rot-grünen Regierung 1998 war die SPD jedoch noch die erste Wahl nahezu der Hälfte der Ge-

werkschaftsmitglieder (etwas mehr im Westen als im Osten). Die Reformen der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik unter SPD-Kanzler Schröder führten zu einem Rückgang der Unterstützung nach 2000. Auch in Folge der dritten Großen Koalition ab 2013 stellte sich ein weiterer Rückgang in der SPD-Wahlabsicht ein. Seit 2016 wählt nur noch jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied die SPD.

Die deutsche Einheit brachte somit eine dritte politische Kraft ins Spiel. Seit 2000 gewann PDS/Die Linke insbesondere im Osten immer wieder erhebliche Unterstützung unter den verbliebenen Gewerkschaftsmitgliedern und übertraf dort teilweise die SPD als präferierte Partei der Organisierten. Die Grünen konnten, während der dritten und vierten großen Koalition weiter an Popularität unter Gewerkschaftsmitgliedern hinzugewinnen. Wenn man diese drei Parteien links der Mitte als Wählerblock betrachtet (siehe Abbildung 4), dann sank die Unterstützung unter Gewerkschaftsmitgliedern von 70 auf 50 Prozent in den letzten drei Jahrzehnten. Dies bedeutet eine zunehmende Annäherung an den niedrigeren Stand unter nicht-organisierten Erwerbstätigen (um 45 Prozent).

Auch heute sind Gewerkschaftsmitglieder zwar noch knapp mehrheitlich politisch links von der Mitte (51 Prozent mit Wahlabsicht für eine der drei linken Parteien unter allen Wahlberechtigten, Allbus 2021), das sind circa 20 Prozent mehr als unter Erwerbspersonen ohne Mitgliedschaft (42 Prozent). In der Zwischenzeit (Allbus 2021) bevorzugte (vor der Bundestagswahl 2021) gar jedes vierte Mitglied die Grünen (25 Prozent, im Osten nur 14 Prozent), nur noch jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied die SPD (19 Prozent, im Osten nur zehn Prozent) und weniger als jeder Zehnte die Linke (acht Prozent, im Osten 20 Prozent). Dies bedeutet zu diesem Zeitpunkt eine Überrepräsentation der SPD-Anhänger im Westen und Unterstützer von Die Linke im Osten, aber etwas niedrigere Raten unter den Grünen. Zudem tendieren Gewerkschaftsmitglieder viel weniger zur Union, zumindest im Westen (eher gleichauf im Osten), während insbesondere die FDP, aber auch die AfD überall höhere Zustimmung unter Erwerbspersonen ohne Mitgliedschaftsbuch erzielen. Auch wenn es eine gewisse Konvergenz der Wahlabsichten von organisierten und nicht-organisierten Erwerbspersonen seit der Einigung gab, so besteht weiterhin ein höherer Zuspruch zu Parteien links der Mitte unter dem jedoch kleiner gewordenen Gewerkschaftsklientel, das auch parteipolitisch pluraler geworden ist und weniger parteigebunden (mehr Wechselwähler im Mitte-Links-Lager).

6. Einstellungswandel in Bezug auf Sozialpolitikziele

Es sollen nun abschließend noch die Veränderungen in den Einstellungsmustern von Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber Nicht-Organisierten seit der deutschen Einheit betrachtet werden. Die Arbeiterbewegung hat maßgeblich an der Durchsetzung sozialer Rechte mitgewirkt, wie die Machtressourcentheorie von Walter Korpi (1983) und die Wohlfahrtsstaatsregimeanalyse von Gøsta Esping-Andersen (1990) insbesondere für die Nordischen Sozialstaaten postulierten. Im Fall Deutschlands wurde der Sozialstaat zunächst unter Bismarck als doppelte Reform „von oben“ durchgesetzt (Alber 1982): Einerseits sollte die Arbeiterfrage durch Sozialversicherung angegangen und dadurch die Industriearbeiterschaft in die neue Nation integriert werden, andererseits wurden Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung durch die Sozialistengesetze in ihrem Aufstieg eingedämmt. Auch wenn es erste Ansätze der Sozialdemokratie zum Ausbau der Sozialpolitik während der Weimarer Republik gab, so wurden die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten seit 1933 unterdrückt. Erst nach dem zweiten Weltkrieg entstand in der Bundesrepublik ein demokratischer „sozialer Staat“, wenn auch zunächst während der Adenauer-Kanzlerschaft als Musterbeispiel für einen konservativen Bismarckschen Sozialstaat christdemokratischer Prägung, der dem Statuserhalt und ein traditionelles Familienbild mit männlichem Alleinernährer entsprach. Die Sozialdemokratie und Gewerkschaften hingegen waren eher der sozialen Gleichheit verpflichtet. Erst mit der Regierungsbeteiligung der deutschen Sozialdemokratie in den späten 1960er Jahren war ein Kurswechsel möglich geworden, wenn auch viele Institutionen bereits fest verankert waren.

Neben den politischen Einstellungen unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder von anderen Erwerbspersonen auch in Bezug auf ihre Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Sozialstaat. Jedoch zeigt sich mit dem Mitgliederrückgang auch eine zunehmende „Erosion“ der Einstellungen zum Sozialstaat (Ebbinghaus/Naumann 2018a). Analysen der langfristigen Einstellungen (Allbus 1991-2018, 2021) und ihrer Zusammenhänge (gemessen anhand von Probit-Modellen) mit Gewerkschaftsmitgliedschaft (siehe Tabelle 1) zeigen, dass in den letzten drei Dekaden (1990er Jahre im Vergleich zu 2000-2018) sowie jüngst (Allbus 2021) neben den bereits genannten sozio-demografischen Faktoren Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Zielen und zum Sozialstaat einem Wandel unterliegen.

Tabelle 1: Sozialstrukturelle und Einstellungen als Erklärungsfaktoren von Gewerkschaftsmitgliedschaft, Allbus 1991-2021

Variable	Allbus-Var	1991-1998		2002-2018		2021	
		Koeffizient	Sign.	Koeffizient	Sign.	Koeffizient	Sign.
Jahr	year	-0,024	***	-0,009		---	---
Frau	sex=2	-0,337	***	-0,302	***	-0,274	***
Schuljahre	educ	-0,077	***	-0,046	***	0,010	*
Arbeiter	dw01=6	0,643	***	0,653	***	0,370	**
Beamte	dw01=4	1,038	***	1,079	***	0,927	***
Angestellte	dw01=5	0,424	***	0,486	***	0,141	
Öffentlicher Dienst	dw07	0,008	*	-0,003		0,018	
Wohnort im Osten	eastwest	0,130		-0,102	***	-0,059	
Gerechter Anteil (1 weniger – 4 mehr)	id01	0,001		0,002		0,005	
Bildungsmöglichkeiten (J,N)	im01	0,010	***	0,009	***	-0,006	
Steuersenkung statt Sozialausbau (J,N)	pi07	-0,001	***	0,013	***	0,010	
Bedingungen für Gehalt (J 1-4 N)	im17	-0,017	***	-0,003		-0,037	**
Grundeinkommen (J 1-4 N)	im18	-0,014	***	-0,015	**	-0,024	*
Leistungsanreiz notwendig (J 1-4 N)	im19	0,018	***	0,014	***	0,008	
Akzeptable Unterschiede (J 1-4 N)	im20	-0,002		0,015	***	0,060	***
Gerechte Ungleichheit (J 1-4 N)	im21	0,023	**	0,017	***	0,007	
Sozialstaatsgebot (J 1-4 N)	iw04	-0,007		-0,014		-0,010	
Gutes Leben in Deutschland (J 1-4 N)	pd11	0,010		0,001		-0,013	
Konstante		46,845	***	16,645		-1,091	***

Anmerkung: Abhängige Variable: Gewerkschaftsmitgliedschaft (sm01=1); Separate Probit-Modelle mit (1) Allbus 1991-1998 (N=10756; LPlh=-11657,0); (2) Allbus 2000-2018 (N=33131; LPlh=-4399,9); (3) Allbus 2021 (N=5,045; LR chi2(17) = 238,59***); Signifikanz: *** 0,01; ** 0,05; * 0,10; AllbusVar: Variablenamen; Skala: J,N (1,2); 1 J(a/stimme voll zu) – 4 N(ein/überhaupt nicht).

In den Analysen werden Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Zielen wie Bildungsgerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Ablehnung sozialer Statusunterschiede sowie leistungsbezogener Ungleichheit untersucht. Zudem sind Pro-Sozialstaat-Einstellungen wie Befürwortung des Ausbaus sozialer Leistungen und der Zustimmung zu bedingungslosem Einkommen signifikante Faktoren zur Erklärung von Unterschieden zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und solchen ohne Gewerkschaftsbindung. Einerseits könnte eine Unterstützung sozialer Gerechtigkeitsziele und sozialpolitischer Intervention die Entscheidung zu einer Gewerkschaftsmitgliedschaft begünstigen, andererseits werden Mitglieder eher durch die sozial- und tarifpolitische Positionen ihrer Gewerkschaften (oder Berufsverbände) beeinflusst (Ebbinghaus/Naumann 2018b). Durch andauernde Debatten über die Notwendigkeit von Sozialstaatsreformen könnte jedoch eine Erosion der Pro-Sozialstaat-Einstellungen stattfinden; so zeigen Survey-Experimente einen Einfluss von demographischen Informationen auf die Akzeptanz von Ren-

tenreformen (Naumann 2018). Andererseits können eigene Erfahrungen, wie bspw. Arbeitslosigkeit während der letzten Jahre, zu Pro-Sozialstaat-Einstellungen führen.

Im Zeitvergleich ergibt sich ein Wandel in der Erklärungskraft der gesellschaftlichen Grundwerte und sozialpolitischen Einstellungen entlang der drei Phasen (siehe Tabelle 1). Während noch für die Zeit vor den Hartz-Reformen (1990er) Gewerkschaftsmitglieder eine umfassende Reihe von spezifischen Einstellungen gegenüber Nicht-Organisierten zeigten, stellt sich bereits für die Jahre danach eine Abschwächung spezifischer Werthaltungen ein. Die Einstellungssitems zu sozialer Gerechtigkeit und sozialpolitischen Zielsetzungen sind weniger stark ausgeprägt, insbesondere Zustimmung zum bedingungslosen Einkommen ist nunmehr weniger signifikant (nur noch signifikant auf einem Niveau von $p < 0,05$) und die Unterstützung von tarifpolitischer Zielsetzung ist gar nicht mehr signifikant. Jedoch zeigt sich seit der Hartz-Reformen, dass statt Steuersenkung nun eher Sozialausbau befürwortet wird. In der jüngsten Umfrage (Allbus 2021) verbleiben wenig dieser Einstellungsunterschiede zwischen aktiven Gewerkschaftsmitgliedern zu Nicht-Organisierten. Nun sind nur noch die Items zur Ablehnung von Statusunterschieden, zur Rolle der Tarif- und Sozialpolitik für die Einkommen und zum bedingungslosen Einkommen, die noch mehr oder weniger signifikante Merkmale sind, die mit Gewerkschaftsmitgliedschaft korrelieren. Somit verbleiben nur noch die berufsspezifischen Merkmale (Beamter, Arbeiter, öffentlicher Dienst) sowie Bildung und Geschlecht als signifikante Erklärungsfaktoren von Gewerkschaftsmitgliedschaft, besonders egalitäre Einstellungen und besonders linke Orientierungen sind nicht mehr ausreichende Abgrenzungsmerkmale. Die Gewerkschaften vermögen somit nicht mehr, die Wertorientierungen ihrer Mitglieder hin zu einer solidarischeren und egalitäreren Sozialstaatszielsetzung zu prägen, wenn auch in einzelnen Tarifauseinandersetzungen oder Ablehnung von Reformvorhaben eine kurzfristige Mobilisierung noch möglich erscheint.

7. Fazit: Die unterschiedlichen Tendenzen der Siamesische Zwillinge

Das Verhältnis der Siamesischen Zwillinge, der Gewerkschaftsbewegung und ihrer politischen Weggenossen, hat sich zunehmend entzweit, wobei dies auch für die Bindung der Erwerbstätigen an die Gewerkschaften und noch mehr als Wähler gewerkschaftsnaher linker Parteien, insbesondere für die Einheitsgewerkschaften und Sozialdemokratie, zutrifft. Die Ana-

lyse des Mitgliederschwunds und der Unterrepräsentation in deutschen Gewerkschaften, der politischen Fragmentierung und des gesellschaftspolitischen Einstellungswandels zeigen mehrere Entwicklungen seit der Wiedervereinigung. Zunächst verloren die Gewerkschaften unmittelbar nach der deutschen Einigung über vier Millionen Mitglieder, die insbesondere in Ostdeutschland von der Einführung der Marktwirtschaft angesichts von Stellenabbau und zu langsamer Angleichung der Löhne enttäuscht waren. Aber bereits seit den 1980er Jahren hatten der Strukturwandel, das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen und der Wertewandel hin zu mehr Pluralisierung in jeder Kohorte zu einer geringeren Bindungskraft an die „alte“ Arbeiterbewegung geführt.

Mit der deutschen Einheit gab es nun mindestens drei politische Arme der Gewerkschaftsbewegung. Besonders im Osten wurde Die Linke durchaus zur Konkurrentin der Sozialdemokratie im Gewerkschaftslager. Die noch gut organisierten Beamten zeigen wenig Nähe zu DGB-Gewerkschaften und Sozialdemokratie, während viele Angestelltenkreise in der Privatwirtschaft diesen sowieso eher fernbleiben. Die Grünen gehören zwar zur Parteienfamilie links der Mitte, ihre Wählerklientel hat jedoch eine geringere Neigung zur Gewerkschaftsmitgliedschaft als Unterstützer der beiden anderen Parteien. Diese Pluralisierung des politischen Wahlpotenziales der Gewerkschaften zusammen mit dem abnehmenden Mobilisierungsgrad führt auch zu einer geringeren Verschränkung zwischen den Siamesischen Zwillingen. Der DGB als Einheitsgewerkschaftsbewegung geht auf Distanz zur SPD, nicht nur wegen deren Regierungspolitik, sondern auch der politischen Fragmentierung der Mitgliedschaft. Die SPD steht wiederum im Wettbewerb mit den anderen Parteien um die Repräsentation der Interessen von Erwerbstätigen, auch der Nicht-Organisierten. Als Regierungspartei in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien (der Union oder der FDP) kommt die SPD auch schnell in die Kritik von Gewerkschaften und den eher links orientierten Wählerschichten.

Diese Veränderungen der Bindekraft der Siamesischen Zwillinge zeigt sich auch im Wandel der Werte und Einstellungen; die klaren Orientierungsdifferenzen zwischen organisierten und nicht-organisierten Erwerbstätigen verlieren ihre Bedeutung über die Zeit. Sicherlich ist der deutsche Sozialstaat insgesamt noch positiv besetzt, aber nur bedingt führen eindeutige Präferenzen zu mehr sozialer Gerechtigkeit und sozialpolitischem Ausgleich zu einer Entscheidung für Gewerkschaftsmitgliedschaft oder einer wahrscheinlicheren Wahlabsicht für eine Partei links der Mitte. Die frühe Sparpolitik der SPD-FDP-Koalition während der Ölkrise der späten

1970er Jahre hatte bereits zu ersten Rissen zwischen Gewerkschaften und SPD geführt. Auch wenn es zu einem Abschmelzen der hohen Zustimmung zum Sozialstaat angesichts der finanzpolitischen und demographischen Herausforderungen kam, so haben jedoch auch die andauernden Austeritätspolitiken zu einer Entfremdung geführt – gerade, wenn diese von der Sozialdemokratie durchgesetzt wurde. So haben die rot-grünen Reformen der 2000er, insbesondere die sogenannte Hartz-IV-Reform, das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie belastet und auch zu Wählerwanderung und Abstinenz unter traditionellen Wählern des Arbeitnehmerlagers geführt.

Literatur

- Alber, Jens, 1982: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat: Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt: Campus.
- Allbus 1980-2018: Die Allgemeine Bevölkerungs-Umfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) Kumulation 1980-2018. Köln: GESIS (ZA 5274), <https://doi.org/10.4232/1.13748>.
- Allbus 2021: Die Allgemeine Bevölkerungs-Umfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2021. Köln: GESIS (ZA 5280), <https://doi.org/10.4232/1.14002>.
- Armingeon, Klaus, 1988: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften: 1950-1985. Frankfurt: Campus.
- Bell, Daniel, 1976: *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York: Basic Books.
- Dahrendorf, Ralf, 1958. Toward a theory of social conflict. *Journal of Conflict Resolution* 2(2): 170–183.
- Ebbinghaus, Bernhard, 1995. The Siamese Twins: Citizenship Rights, Cleavage Formation, and Party-Union Relations. In *Citizenship, Identity and Social History (International Review of Social History, Supplement 3)* Hrsg. *Tilly, Charles*, 51-89. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ebbinghaus, Bernhard, 2023. *Machtressourcentheorie und Korporatismusansatz In Handbuch Policy-Forschung (2. aktualisierte Auflage)* Hrsg. *Wenzelburger, Georg und Reimut Zohlnhöfer*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ebbinghaus, Bernhard und Jelle Visser, 1999. When Institutions Matter: Union Growth and Decline in Western Europe, 1950-1995. *European Sociological Review* 15(2): 1-24.
- Ebbinghaus, Bernhard und Claudia Göbel, 2014. Mitgliederrückgang und Organisationsstrategien deutscher Gewerkschaften. In *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland* Hrsg. *Schroeder, Wolfgang*, 207-237. Wiesbaden: Springer VS.

- Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann, 2018a. The Popularity of Pension and Unemployment Policies Revisited: The Erosion of Public Support in Britain and Germany. In *Welfare State Reforms Seen from Below: Comparing Public Attitudes and Organized Interests in Britain and Germany* Hrsg. *Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann*, 155-186. London: Palgrave Macmillan.
- Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann, 2018b. Introduction: Analysing Organized Interests and Public Opinion Towards Welfare Reforms. In *Welfare State Reforms Seen from Below: Comparing Public Attitudes and Organized Interests in Britain and Germany* Hrsg. *Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann*, 1-23. London: Palgrave Macmillan.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Farrell, David und Rüdiger Schmitt-Beck, Hrsg. 2008. *Non-Party Actors in Electoral Politics: The Role of Interest Groups and Independent Citizens in Contemporary Election Campaigns*. Baden-Baden: Nomos.
- ICTWSS: Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts in 55 countries between 1960 and 2018; Hrsg. AIAS/OECD; Paris: OECD.
- Korpi, Walter, 1983: *The Democratic Class Struggle*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Lehnert, Detlef, 1983: *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Lepsius, M. Rainer, 1963. Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung. In *Interessen, Ideen und Institutionen* Hrsg. *Lepsius, M. Rainer*, 96-116. Opladen: Westdeutscher 1990.
- Lindvall, Johannes und David Rueda, 2014. The Insider–Outsider Dilemma. *British Journal of Political Science* 44(2): 460-475.
- Lipset, Seymour Martin, 1960: *Political Man. The Social Bases of Politics (Expanded and Updated Version)*. Baltimore, Md.: John Hopkins 1981.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan, 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* Hrsg. *Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan*, 1-64. New York: Free Press.
- Merkel, Wolfgang, 1993: *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*. Frankfurt: Campus.
- Naumann, Elias, 2018. Does Population Ageing Change Pension Reform Attitudes? A Survey Experiment on Political Knowledge, Ideology, and Preferences. In *Welfare State Reforms Seen from Below: Comparing Public Attitudes and Organized Interests in Britain and Germany* Hrsg. *Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann*, 211-243. London: Palgrave Macmillan.
- Olson, Mancur, 1965: *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups* (second edition). Cambridge, Mass.: Harvard University.
- Poguntke, Thomas und Rüdiger Schmitt-Beck, 1994. Still the Same with a New Name? Bündnis 90/Die Grünen after the Fusion. *German Politics* 3: 91-113.

- Przeworski, Adam und John Sprague, 1986: Paper Stones. A History of Electoral Socialism. Chicago: University of Chicago.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 2020. Wie „AfD-bewegt“ sind die Gewerkschafter?. In The European Social Model under Pressure: Liber Amicorum in Honour of Klaus Armingeon Hrsg. *Careja, Romana, Patrick Emmenegger und Nathalie Giger*, 401-423. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Cornelia Weins, 1997. Gone with the wind (of change). In Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland Hrsg. *Gabriel, Oscar W.*, 321–351. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt, Rüdiger, 1990: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schönhoven, Klaus, 2003. Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme. In Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch Hrsg. *Schroeder, Wolfgang und Bernhard Weßels*, 40- 64. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Streeck, Wolfgang, 1981: Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie. Königstein: Athenäum.
- Streeck, Wolfgang und Anke Hassel, 2003. Trade Unions as Political Actors. In International Handbook of Trade Unions Hrsg. *Addison, John T. und Claus Schnabel*, 335-365. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- Visser, Jelle, 1989: European Trade Unions in Figures. Deventer: Kluwer.

